

**„Unrecht anerkennen! Den Opfern des Kolonialismus Respekt erweisen!
Zeit, mit den Lebenden den ernsthaften Dialog zu suchen. Zeit, Verantwortung zu
übernehmen“**

*Erklärung der Deutschen Kommission Justitia et Pax
zu 140 Jahren Berliner Konferenz (Kongo-Konferenz)*

Am 15. November 2024 jährt sich der Beginn der Berliner Konferenz zum 140. Mal. Es ist an der Zeit, das mit dieser Konferenz verbundene Unrecht anzuerkennen und Verantwortung für die Folgen zu übernehmen. Dazu gehört, den Opfern des Geschehens den gebührenden Respekt zu erweisen und gemeinsam mit den heute in Afrika lebenden Menschen an der Überwindung der Folgen des Kolonialismus zu arbeiten. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist, den Ort der Berliner Konferenz, die Wilhelmsstraße 92, in einen angemessenen europäisch-afrikanischen Ort der Erinnerung, der Begegnung und des kritischen Dialoges zu transformieren.

I.

In den 1870er und frühen 1880er-Jahren begannen europäische Nationen wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland wieder verstärkt, ihr Augenmerk auf Afrika zu richten, auf der Suche nach natürlichen Ressourcen für ihre rasch expandierenden Industrien und einem potenziellen Markt für die von diesen Industrien produzierten Waren und Produkte. Teils in Eigeninitiative, teils beauftragt durch ihre Regierungen unterzeichneten Europäer in Afrika Verträge mit afrikanischen Königen oder deren vermeintlichen Vertretern, um ihre kommerziellen Interessen in Afrika zu sichern. Auch der belgische König Leopold II., der seinen persönlichen Reichtum durch den Erwerb afrikanischer Gebiete vergrößern wollte, schickte Forschungsreisende aus, um die Kontrolle über riesige Landstriche in Zentralafrika zu erlangen. Der internationale Wettlauf um Territorien führte unweigerlich zu Konflikten zwischen den europäischen Mächten. Dies veranlasste den deutschen Reichskanzler, Otto von Bismarck, Ende 1884 eine Konferenz der europäischen Staats- und Regierungschefs in Berlin einzuberufen, um die Regeln für das Handeln in Afrika festzulegen.

An der Berliner Konferenz, die vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 tagte, nahmen dreizehn Delegierte aus europäischen Ländern, den USA und dem Osmanischen Reich

teil. Vertreter aus Afrika waren nicht eingeladen. Das Ergebnis der Konferenz war ein historisches Abkommen über die Grundprinzipien der Aufteilung und Kolonisierung des afrikanischen Kontinents. Unter einem fadenscheinigen humanitären Deckmantel ging es um wirtschaftliche und geopolitische Interessen, um Frieden zwischen den europäischen Großmächten und Wohlstand in Europa.

Die Berliner Konferenz leitete den Prozess der verstärkten europäischen Kolonisierung Afrikas ein und legitimierte die Aufteilung des Kontinents.

II.

Wenn wir auf die 140 Jahre zurückblicken, die seit dieser Konferenz vergangen sind, wird deutlich, welch großes Unrecht den Afrikanern und Afrikanerinnen mit den Beschlüssen der Konferenz angetan worden ist. Sie steht in besonderer Weise für den Kolonialismus europäischer Staaten in Afrika. Der Kolonialismus und seine Auswirkungen prägen Afrika bis heute. So gehen z. B. die meisten der heutigen Grenzziehungen in Afrika auf die Beschlüsse der Berliner Konferenz zurück, die sich an den Interessen der europäischen Großmächte und nicht an den über Jahrhunderte gewachsenen politisch-kulturellen Identitäten afrikanischer Gesellschaften orientierten.

Vor diesem Hintergrund ist es beschämend, feststellen zu müssen, dass die Erinnerung an die Berliner Konferenz in Deutschland und Europa keinen großen Raum einnimmt. Der konkrete Ort des Geschehens, die Wilhelmstraße 92 in Berlin, ist ungeachtet der kleinen Gedenktafel, die dort steht, sowie der lokalen städtischen Initiativen ein *Un-Ort*, ein Ort der vernachlässigten Erinnerung. Vergleicht man ihn mit dem aufwendig inszenierten Humboldt-Forum, sticht die mangelnde Bereitschaft, sich der Erinnerung an die *politische* Verantwortung Europas und darin auch Deutschlands zu stellen, umso mehr ins Auge. Dieser Zustand ist verletzend und Ausdruck des andauernden Nichternstnehmens afrikanischer Menschen. Wir verstehen, dass viele unserer Partner darin ein Zeichen des Rassismus sehen. Daher unterstützen wir die Forderung dort einen zentralen Lern- und Erinnerungsort einzurichten.

III.

Aus Anlass des 140. Jahrestages der Berliner Konferenz fordern wir eine Anerkennung ihrer tiefgreifenden historischen Bedeutung und ihrer nachhaltigen Auswirkungen auf Afrika und seine Völker. Es gilt, das historische Unrecht anzuerkennen, den Opfern Respekt zu erweisen und mit den von den Auswirkungen dieser Konferenz heute Betroffenen in einen auf Heilung zielenden Dialog zu treten.

Wir fordern daher die Bundesregierung und den Bundestag auf, im Rahmen ihrer Bemühungen um einen kritischen Umgang mit dem Kolonialismus und seinen Folgen gemeinsam mit den europäischen und afrikanischen Partnern eine Initiative zu ergreifen, die Wilhelmsstraße 92 in einen europäisch-afrikanischen Ort der kritischen Erinnerung, der Begegnung und des gemeinsamen Nachdenkens über die Herstellung gerechter Beziehungen und die Förderung von Heilung und Versöhnung zu transformieren. Während bei der Berliner Konferenz keine Afrikaner und Afrikanerinnen anwesend waren, sondern über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde,

muss der Prozess der Schaffung des europäisch-afrikanischen Ortes in der Wilhelmsstraße 92 von Beginn an mit substanzieller Beteiligung von afrikanischen Vertretern und Vertreterinnen aus den verschiedenen Ländern Afrikas wie auch der Diaspora stattfinden.

Wir fühlen uns durch vielfältige Gespräche und Begegnungen mit unseren afrikanischen Partnern, z. B. in Kamerun und Namibia, ermutigt und gefordert, für dieses Anliegen einzutreten. Als Deutsche Kommission Justitia et Pax werden wir uns gerne mit unseren Möglichkeiten, die nicht zuletzt in einem weltweiten Netzwerk bestehen, in den Prozess einbringen. Denn es ist höchste Zeit, dass die Nachfolger der ehemaligen Kolonisatoren Verantwortung für die Folgen des mit der Berliner Konferenz grundgelegten Unrechts übernehmen und gemeinsam mit den betroffenen Gesellschaften Wege für einen konstruktiven Umgang mit dem asymmetrischen, aber gemeinsamen Erbe des Kolonialismus finden.

15. November 2024